



Fritz Glauser, Präsident

Solidarität unter Landwirten oder jeder für sich, was wählen wir?

Der Druck auf die Landwirtschaft aus verschiedenen Kreisen hat sich in den letzten Monaten verschärft. Nennen wir dazu unter anderem die sachlich unbegründeten Diskussionen über Glyphosat, die vom Bundesrat gezeigte Bereitschaft zur Aufhebung des Grenzschutzes für

Agrargüter und die Initiative für sauberes Trinkwasser, welche das Ende der integrierten Produktion in der Schweiz bedeuten würde. Ebenfalls zu erwähnen sind die medialen Aktionen der Veganer, welche Respekt gegenüber dem Tier verlangen, aber denjenigen gegenüber den Tierhaltern verlieren.

Diese Attacken basieren auf utopischen Vorstellungen und sind fern der heutigen Landwirtschaft. Trotzdem werden sie von den Medien und in sozialen Netzwerken breit aufgenommen; diese sind auf der Suche nach Sensationen, Schockbildern oder provokanten Äusserungen.

Wie reagieren? Die Schweizer Landwirtschaft muss ihre Interessen vereint vertreten und dabei interne Spannungen zwischen der Produktionsart, -zone oder Branche vermeiden.

Die Interessenvertretung geschieht auf Stufe Rahmenbedingungen (Agrarpolitik, Grenzschutz, Freihandelsabkommen), Kommunikation (gegenüber den Produzenten, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit) und Märkte (Mengenmanagement, Richtpreise, Übernahmebedingungen). Ohne diese Arbeit und ohne eine gewisse Solidarität unter den Schweizer Bauern müssten wir uns von einer produzierenden Landwirtschaft verabschieden!



Hannah Hutter

Beitragserhöhung für die Mengensteuerung

Der Bund setzte im Rahmen des Schoggigesetzes finanzielle Mittel zur Exportförderung von verarbeiteten Produkten aus Schweizer Mehl oder Milch ein (bspw. Biscuits). Dies wird nach einem Beschluss der WTO ab 2019 nicht mehr möglich sein. Ohne die finanzielle

Unterstützung für den Getreideexport in verarbeiteten Produkten wechseln die Exporteure bald auf importierte Rohstoffe ohne Grenzschutz (Veredelungsverkehr). Damit die Bauern ihre heutige Produktionsmenge von Schweizer Brotgetreide beibehalten können, muss auf privater Basis ein neues System für die Unterstützung des Exportes aufgebaut werden.

Das neue System

Für das neue System werden ab der Ernte 2018 höhere Beiträge bei den Produzenten erhoben. Mit den eingezogenen Beiträgen zahlt die Branche den Exporteuren einen Teil der Preisdifferenz zwischen importiertem und inländischem Mehl. So bleiben die Exporteure weiterhin wettbewerbsfähig, während die Schweizer Bauern ihre Produktionsmengen beibehalten können. Die höheren Beiträge der Produzenten werden ab dem Frühling 2019 durch eine Direktzahlung von Fr. 120.-/ha durch den Bund kompensiert. Dieser Flächenbeitrag wird aber nur ausbezahlt, solange die Branche ein funktionierendes System für die Exportstützung unterhält.

Gefahren ohne neues System

Gelingt der Aufbau einer Nachfolgelösung nicht, werden 50'000 t Brotgetreide als Übermenge auf dem Markt sein. Dies entspricht 10% der jährlichen Brotgetreideproduktion. Ohne Steuerung üben diese Mengen Druck auf den Markt aus und die Produzentenpreise drohen um Fr. 8.- bis 10.-/dt zu sinken. Nebst den tieferen Marktpreisen wird auch der Flächenbeitrag für Getreide wieder gestrichen.

Das Engagement für die Exportmärkte kann für die Produzenten daher als Investition betrachtet werden: Es garantiert eine Direktzahlung des Bundes und die Stabilisierung der Preise auf hohem Niveau.

Positive Effekte der neuen Mengensteuerung

- Zusammen mit dem neuen System kommt ein Flächenbeitrag für alle Getreidearten
- Produzentenpreise bleiben auf stabilem Niveau
- Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft wird verstärkt
- Vermahlungsmenge in der Schweiz bleibt stabil und Arbeitsplätze bleiben erhalten

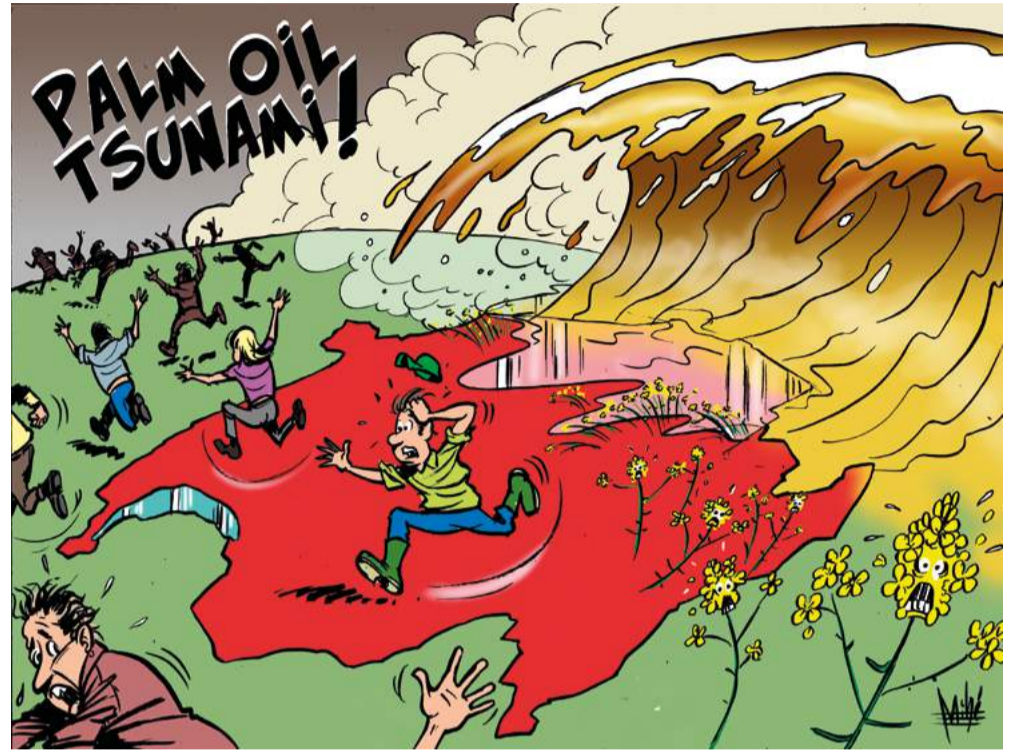


Martin Iseli

Vorstand: Selbstversorgungsgrad erhöhen

Martin Iseli (TG), Vorstandsmitglied seit November 2017, über seine Motivation für das Mitwirken im SGPV

„Als junger Getreide- und Rapsproduzent ist es mir ein Anliegen, dass der einheimische Anbau eine faire Chance hat.“



Andrea Koch

Palmölimporte: Eine starke Koalition

Der SGPV kämpft bereits seit dem Frühling 2015 zusammen mit Umwelt-, Menschenrechts- und Konsumentenschutzorganisationen und dem Bauernverband gegen den Freihandel für Palmöl. Der Bundesrat verhandelt schon seit 2012 ein Freihandelsabkommen mit Indonesien und verspricht sich Vorteile für Schweizer Exporteure.

Im Gegenzug möchte Indonesien – wie bereits Malaysia – Zollabbau für Palmöl. Dieser Zollabbau bedroht nicht nur die Schweizer Rapsproduktion. Die Ausweitung der Plantagen zerstört auch die Lebensgrundlagen der Landbevölkerung und die Umwelt in den Herkunftsländern. Für den SGPV lohnt es sich, für dieses Anliegen mit Organisationen ausserhalb der Landwirtschaft zusammen zu arbeiten.

Frucht der letzten Zusammenarbeit war ein Beitrag im 10 vor 10 über den Besuch von indonesischen Bauernvertretern in der Schweizer Ölmühle Briseck. Während der SGPV den Besuchsort und das Programm organisierte, konnte Brot für Alle die Medienkontakte nutzen. **Diese Kooperation ist einerseits interessant für die Medien, weil sie ungewohnt ist. Andererseits zeigt sie auf, dass unser Anliegen in der Zivilgesellschaft breit abgestützt ist.** Bei den Kommentaren der Zuschauer von 10 vor 10 zeigt sich ausserdem, dass kaum jemand mit einer Erleichterung für Palmölimporte einverstanden ist.

Ein weiterer Vorteil dieser Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und Umweltorganisationen ist die breite politische Front gegen das Abkommen. Vorstösse zu diesem Thema wurden bereits von Vertretern der SVP, SP, die Grünen, CVP und BDP lanciert. Auf Kantonsebene war auch die FDP vertreten.

Diese breite, vom Parlament unterstützte Koalition schafft einen indirekten Druck auf die Schweizer Verhandlungspartner, gegenüber Indonesien und Malaysia nicht nachzugeben. Dies ist positiv für die Schweizer Produzenten. Umso mehr, weil noch keine grundsätzliche Diskussion über Kosten und Nutzen von Freihandelsabkommen im In- und Ausland geführt wurde und keine diesbezüglichen Zahlen präsentiert wurden.



Besuch der Ölmühle Briseck mit gemeinsamen Anliegen: Für Anton Widjaya und Yuyun Harmono ist klar: Jede Zollerleichterung für Palmöl zerstört Lebensgrundlagen der Landbevölkerung in Indonesien. Miges Baumann (Brot für Alle) setzt sich gegen Landgrabbing durch Palmölplantagen ein. Daniel Vetterli (Kantonsrat SVP TG) kämpft mit einer Standesinitiative dafür, Palmöl aus den Freihandelsabkommen auszunehmen.